



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/151 - 1.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur aussenpolitische ⁿ Debatte im Bundestag	S. 1
Dänische Zurückhaltung	S. 3
Kesselring - politisierender Feldmarschall	S. 4

Treuebruch an den Toten des 17. Juni

(sp) Dieser erste Juli 1953 wird als einer der dunkelsten Tage in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingehen. Eine Mehrheit des Bundestages hat es abgelehnt, das zu tun, was die Opfer des berliner und mitteldeutschen Juni-Aufstandes als dringende Verpflichtung allen Deutschen ans Herz legten: Nichts unversucht zu lassen, die unglückselige Spaltung Deutschlands zu beendigen. Dies aber kann nur durch eine Vereinbarung der vier Besatzungsmächte geschehen. Der Zeitpunkt dazu kann nie früh genug kommen. Jeder Tag, der ungenutzt bleibt, lässt vielleicht nicht wiederkehrende Möglichkeiten verrinnen und erhöht die Gefahr, dass sich wieder konsolidiert, was möglicherweise aufglockert werden kann. Dem Ersten Bundestag oblag die Pflicht, sich in dieser Stunde zum Sprecher und Mahner der tiefsten Sehnsucht und des heissen Wollens des gesamten deutschen Volkes zu erheben und den Besatzungsmächten, und zwar allen Besatzungsmächten, die Forderung nach rascher Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit entgegenzuhalten. Eine Mehrheit des Bundestages verschloss sich dieser Verpflichtung und beging - es ist bitter und schmerzlich, dies auszusprechen - einen Treuebruch an den Toten des 17. Juni und an den achtzehn Millionen Deutschen in der Sowjetzone.

Das Verhalten eines grossen Teiles der Koalitionsparteien muss im Ausland den Eindruck hervorrufen, dass der gegenwärtigen Bundesregierung an der Aufstellung von zwölf westdeutschen Divisionen

mehr gelegen ist als an der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Weder verzichtete der Kanzler auf das Vorrecht der Integration eines Teiles Deutschlands mit dem Westen, noch liessen die Sprecher der Koalition auch nur eine Spur von Bereitschaft erkennen, von den Lippenbekenntnissen zur Tat überzugehen. Reinhold Maier's bitteres Wort von der ausgebildeten Technik des die "Wiedervereinigung-nur im Munde-Führens" fand hier eine traurige Bestätigung. Noch nie in der ganzen leidvollen Geschichte dieses Bundestages war die Kluft zwischen dem, was die Koalition tut und dem, was sie sagt, so sichtbar geworden. Der nachträglichen Erklärung des Bundeskanzlers, er sei auch für eine Viererkonferenz und er werde es nicht versäumen, sie zu fordern, sofern auch nur die geringste Chance zu einem Erfolg bestehe, fehlte das Gewicht der Überzeugungskraft. Hier sprach nicht mehr der Bundeskanzler, sondern der Wahltaktiker, der erkannte, welche gefährliche Blässe sich die Koalition durch die Ablehnung des sozialdemokratischen Angebotes gegeben hatte. Wenn der Bundeskanzler wirklich alles tun will, um die vier Besatzungsmächte - soweit es überhaupt in deutscher Kraft liegt - an den Verhandlungstisch zu bringen, warum liess er sich den verpflichtenden Auftrag nicht vom Bundestag geben, warum liess er es zu, dass die Koalition seine Zusage durch ihr Verhalten entwertete? Wie man es auch immer deuten und wenden mag, bestehen bleibt die erschütternde Tatsache, dass Bundesregierung und Koalition das Gebot der Stunde überhörten und jeden ernstesten Willen vermissen liessen, von sich aus die Sache der deutschen Einheit in Freiheit voranzutreiben.

Die internationalen Auswirkungen dieser von der Mehrheit des Bundestages so offen proklamierten und der Bundesregierung ausdrücklich bestätigten Inaktivität in Fragen der deutschen Wiedervereinigung können und werden nicht ausbleiben. Wenn es schon die deutsche Bundesregierung nicht mit dem Zustandekommen einer Viererkonferenz eilig hat, wenn sie angesichts der Flammenzeichen in der Sowjetzone immer noch an einer Politik festhält, die von der stillschweigenden Voraussetzung der Teilung Deutschlands ausging, warum sollen dann die Westmächte sich grössere Sorgen um die deutsche Einheit machen? Der Kanzler betrieb sich auf das Vertrauen von Westalliierten. Was nützt uns dieses Vertrauen, wenn es mit Mitteln erreicht worden ist, die das Interesse an Deutschlands Wiedervereinigung an der vierten Besatzungsmacht erlahmen lassen? Alle deklamatorischen Beteuerungen auf Regierungsseite und alle etwas vorlaut angekündigten Vorbereitungen für den Tag X können nicht die Zweifel beseitigen, die schon seit langem bestanden und an diesem ersten Juli so brutal bestätigt wurden: dem Streben nach baldiger Wiedervereinigung fehlt die innere Ehrlichkeit; in der Praxis türmt diese Regierung immer neue Hindernisse auf; ihr Weg führt nicht zum Tor eines in Freiheit und friedlich geeinten Deutschlands.

Dänemark und der Atlantikpakt

KKE, Kopenhagen, Anfang Juli

Der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Hans Hedtoft, erklärte in einer vielbeachteten Rede auf dem Kongress seiner Partei, dass die Errichtung von Stützpunkten für die Streitkräfte der Atlantikpakt-Mächte auf dänischem Boden gegenwärtig nicht zu empfehlen sei. Diese Erklärung Hedtofts wurde in einer Entschliessung des Parteitages unterstrichen. Da die dänische Sozialdemokratie in der Aussenpolitik des Landes kraft ihrer Stärke und eindeutigen Haltung eine Schlüsselstellung einnimmt, kommt jener Stellungnahme besondere Bedeutung zu.

Oberflächliche Beobachter beeilten sich, die Haltung der dänischen Sozialdemokratie als eine Abkehr von der Politik des Atlantikpaktes zu deuten. Weder die Erklärung Hedtofts, noch auch der Beschluss des Parteitages lassen indes eine solche Auslegung zu. Es ist in ihnen nicht vom Atlantikpakt schlechtweg die Rede, sondern nur von der Zweckmässigkeit, die Flugzeugstützpunkte, die Dänemark für die ausländischen Streitkräfte zur Verfügung stellen soll, von solchen Kräften besetzen und benützen zu lassen. Wobei auch noch die Betonung auf dem Worte gegenwärtig liegt.

Ein Teil der ausländischen Presse vermutet, dass die Stellungnahme der dänischen Sozialdemokratie von reinen Wahl-Spekulationen bedingt ist. Eine solche Vermutung tut jedoch der dänischen Sozialdemokratie unrecht. Gewiss, die Partei bereitet sich auf einen erbitterten Wahlkampf vor, in welchem sie alle bürgerlichen Parteien in sozialen und wirtschaftlichen Fragen gegen sich haben wird, während die oppositionellen Radikalen und die Kommunisten ausserdem auch noch die aussenpolitische Haltung der Sozialdemokratie - und natürlich auch der Regierungsparteien - bekämpfen. Aber die dänische Sozialdemokratie würde ihre grundsätzliche Haltung in aussenpolitischen Fragen verleugnen, liesse sie auch nur den Anschein aufkommen, die Mitgliedschaft des Landes im Atlantikpakt sei für sie nicht mehr als ein zeitbedingtes Manöver und der Pakt sei nicht mehr als eine Art Mietwohnung, die man beziehen oder verlassen kann, wie es einem gefällt. So wenig die internationale politische Lage Zweifel an der Wichtigkeit und Zweckmässigkeit des Atlantikpaktes aufkommen lassen kann, so wenig kann auch das Bekenntnis der dänischen Sozialdemokratie zur kollektiven Sicherheit bezweifelt werden.

Eine andere Frage ist jedoch, ob die Ausführung der betreffenden Vertragsbestimmungen im gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der im Gange befindlichen Abschwächung der internationalen Spannungen dienlich sein kann. Dringlich scheint die Besetzung dieser Stützpunkte genau so wenig zu sein wie die Verwirklichung der Militärverträge, bei denen die Deutsche Bundesrepublik Partnerin werden soll. Und es sei nicht vorgossen, dass die Stellungnahme der dänischen Sozialdemokratie in der Frage der militärischen Stützpunkte sich nun in nichts von jener der norwegischen unterscheidet, ohne dass die Haltung der norwegischen Arbeiterpartei irgendwie Aufsehen erregen oder zu der Mutmassung veranlassen könnte, die Norwegische Arbeiterpartei rücke vom Atlantikpakt grundsätzlich ab.

Im Übrigen geht der Bau der Flugplätze in Dänemark ungestört weiter. Da sie nicht fertig sind, ist ihre Bemannung ohnehin noch nicht möglich. Die Zurückhaltung der dänischen Sozialdemokratie berechtigt zu keinerlei Spekulationen. Es ist zu wünschen, dass diese Einstellung auch in der internationalen Öffentlichkeit zurückhaltend beurteilt wird.

+ + +
Verfehlte Lagebeurteilung

-gg- Überraschend kurze Zeit nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Werl hat Feldmarschall Albert Kesselring der Mitwelt seine Memoiren vorgelegt. Zurzeit ihres Erscheinens trat er auch das Präsidium des "Stahlhelm" an, jener Organisation mit politisch reaktionärem Vorzeichen, die einmal eine Macht war, heute aber nicht mehr als die Chancen eines atavistischen Kümmerlings hat.

Beiden Handlungen liegt derselbe Fehler zugrunde, ein fast aufdringlicher Mangel an gesunder Lagebeurteilung. Wahrscheinlich gehen aber sowohl die Herausgabe des Buches "Soldat bis zur letzten Stunde" mit seiner unkritischen Unbekümmertheit als auch die Verkenning der Chancen des "Stahlhelm" als soldatischer Sammlungsbewegung auch auf gewisse törichte Freunde mit zurück. Sie dürften dem Marschall, dessen menschliche Eigenschaften und vor allem seine sympathische Kameradschaftlichkeit bekannt sind, eine Rolle aufgeschwatzt haben, die er selbst nicht zu beurteilen vermochte. In Zuchthäusern und Lagern fehlt es naturgemäss an den Möglichkeiten einer objektiven Beurteilung.

lung der Entwicklung draussen. Weder Zeitungen noch der Besuch zahlreicher Freunde bieten dafür hinreichenden Ersatz. Statt nun abzuwarten und sich zunächst Orientierungsgrundlagen zu erarbeiten, hat Kesselring einigermassen unbedacht losgelegt.

Sein Besuch verrät eine Naivität der Auffassung, die in Soldatenkreisen peinliches Aufsehen erregt hat. Wenn er z.B. berichtet, wie Hitler ihm im März 1945 den Oberbefehl über die Westfront mit dem Bemerkten übertragen habe, dass er sechs Wochen Zeit brauche, um die neuen Waffen herauszubringen, und hinzufügt, dass er (Kesselring) sich dem - gläubig und blind - gefügt habe, so muss man sich wundern, bis zu welchem Grade die eigene Erinnerung, zumal in der Gefangenschaft, die Wirklichkeit verfälschen kann, noch mehr aber darüber, dass so viel entwaffnende Einfalt so freimütig preisgegeben wird. Sollten nun, wie es in absehbarer Zeit möglich erscheint, die erhaltenen deutschen Wehrmachtsakten aus den Händen der ehemaligen Gegner zurückgegeben oder mindestens deutschen Historikern zugänglich gemacht werden, so dürfte die Konfrontierung der jetzt gegebenen Darstellung voreiliger deutscher Autoren mit ihren eigenen früheren Befehlen, Urteilen und den allgemeinen umfassenden Lageberichten eine ziemlich peinliche Überraschung bedeuten - keineswegs für Kesselring allein.

Heute beliebt er, sich als sturer Soldat bis zur letzten Stunde darzustellen. Das hat schon einen aktuellen protestlerischen Akzent, dem seine Neigung zu dem politischen Invalidenbund des "Stahlhelm" entspricht. Anzunehmen ist aber, dass ihm im Laufe der letzten Monate schon aufgegangen ist, wie weit er, von dem man einmal hoffte, seine Beliebtheit werde zu einer Einigung der zahlreichen deutschen Soldatenbünde führen können, sich selber isoliert hat, indem er einem Traume von vorgestern, nicht aber zeitgemässen Notwendigkeiten folgte.

Der Fall Kesselring hat in vielen soldatischen Gruppen auch Besorgnisse hervorgerufen. Sowohl sein grossspuriger Neujahrsaufruf zugunsten des "Stahlhelm", als auch seine Rede beim Kasseler Treffen der Fallschirmjäger waren so unglücklich und lagewidrig, dass man auf Kesselring nicht mehr zu rechnen wagt, vor allem aber vor einer Wiederholung von Fällen, wie denen der Generale Ramcke und Andrae bangt. Wenn im Zusammenhang mit dem Verhalten Kesselrings ironisch vorgeschlagen wurde, die modernen Vorschriften für die Offiziersausbildung durch ein Kapitel über Voraussetzungen einer objektiven Lagebeurteilung nach längerer Gefangenschaft oder Isolierung zu ergänzen, so liegt darin ein Stück bitteren Ernstes.